

**Christian Albrecht**  
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Landeshaus, 24171 Kiel  
Postfach 7121  
Telefon: 0431/9881488  
Telefax: 0431/9881497  
E-Mail: [fraktion@fdp-sh.de](mailto:fraktion@fdp-sh.de)  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

**Nr. 118/2000**

**Kiel, Mittwoch, 28. Juni 2000**

Bildungspolitik/CAU Kiel

## **Ekkehard Klug: Landtag soll gegen die Dezimierung der Kieler Uni einschreiten**



Vor dem Hintergrund der in der Universität Kiel diskutierten Strukturplanung des Rektorats, der 220 Stellen - etwa jede 10. Stelle der Christian-Albrechts Universität - zum Opfer fallen sollen, will die F.D.P.-Landtagsfraktion die Zukunft der Kieler Universität zum Thema des Landtags machen.

„Es kann nicht angehen, dass der Landtag passiver Zuschauer bleibt, wenn eine Dezimierung der Kieler Universität droht“, erklärte dazu der hochschulpolitische Sprecher der Liberalen, **Dr. Ekkehard Klug**. Mit einem Entschließungsantrag zur Juli-Plenartagung des Landesparlaments will die F.D.P. erreichen, dass die Universität vor der Beschlussfassung über den Landeshaushalt 2001 keine vollendeten Tatsachen schafft. Neben einem entsprechenden Appell an die Kieler Uni enthält der F.D.P.-Antrag eine Aufforderung an die Landesregierung, den Landtag im Rahmen der nach der Sommerpause anstehenden Haushaltsberatungen über Art und Umfang der von der Uni erwogenen Stellenkürzungen sowie über deren Auswirkungen auf Studienangebot, Fächerbreite, Forschungsschwerpunkte und Fähigkeit zur Drittmittelwerbung informiert. Des weiteren verlangt die F.D.P.-Landtagsfraktion in dem von ihr vorgelegten Antrag von der Landesregierung eine Stellungnahme zu den Kürzungsplänen und deren Folgen sowie eine Auskunft über den mittelfristigen Finanzbedarf der Universität im Falle eines Verzichts auf die Stellenkürzungen.

“Wir wollen, dass der Landtag die Chance erhält, als Haushaltsgesetzgeber im Zuge der bevorstehenden Etatberatungen gegen den an der Uni drohenden Bildungsabbau einschreiten zu können. Die Fraktionen müssen dann Farbe bekennen, ob sie die vom Rektorat und vom Bildungsministerium offenbar bereits stillschweigend akzeptierten Einschnitte für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein hinnehmen wollen - oder ob sie bereit sind, für Hochschule und Forschung notwendige Mehrausgaben zu finanzieren“, erklärte Ekkehard Klug.

**Presseinformation**

Der F.D.P.-Bildungsexperte wies darauf hin, dass kein Bundesland so viele Universitätsstudenten in andere Länder „exportiert“ wie Schleswig-Holstein:

Während 1996 rund 38.000 Studenten aus Schleswig-Holstein an deutschen Universitäten eingeschrieben waren, lag die Zahl der Uni-Studenten in Schleswig-Holstein bei rund 25.000. Daraus ergebe sich im Saldo ein „Studentenexport“, der in absoluten Zahlen bei rund 13.000 und in prozentualer Hinsicht bei minus 34,2% liege.

„Durch eine Dezimierung der Kieler Uni würden sich diese Zahlen noch weiter zuungunsten Schleswig-Holsteins verschlechtern“, warnte Klug vor einer zunehmenden Abwanderung von ‚human capital‘ aus dem nördlichsten Bundesland.